

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung, liebe Ratsmitglieder, sehr verehrte Zuhörende, sehr geehrte Frau Stratmann,

eigentlich wollte ich meine Rede, wie im letzten Jahr, mit dem „Wort des Jahres“ beginnen. Ein toller Einstieg, dachte ich – am Puls der Zeit, was beschäftigt die Menschen, was geht gerade durch die Medien? Also habe ich recherchiert, aber nichts gefunden – das Wort des Jahres war noch nicht veröffentlicht. Zehn Minuten später kam die Push-Nachricht: Eilmeldung: „Wort des Jahres“ gekürt! Und was war das Wort des Jahres? „Ampel-Aus“. Ampel-Aus? Echt jetzt? Darauf soll ich eingehen? Nein, ganz ehrlich, wenn ich ernsthaft über die Machenschaften einer gewissen Ampel-Partei sprechen wollte, bräuchte ich länger als die vorgesehenen 15 Minuten. Außerdem sind wir hier nicht in Berlin, wir sind in Ladbergen. Hier ticken die Uhren und die Ampeln anders.

Das Ampel-Aus beschert uns einen Winter-Wahlkampf: als Grüne wissen wir jedenfalls jetzt, wofür wir die letzten 40 Jahre auf Parteitagern gestrickt haben. Mützen und Handschuhe raus, los geht's – aber erst nach Weihnachten. Heute soll es um den Ladberger Haushalt für das Jahr 2025, das abgelaufene Jahr und einen Blick in die kommunale Zukunft gehen.

Der Haushalt 2025 weist ein Defizit von über 2 Millionen Euro auf. Das ist höchst unerfreulich, war aber aufgrund der allgemeinen Lage nicht anders zu erwarten. Die finanziellen Belastungen werden von oben nach unten durchgereicht und wir als Kommune stehen eben ganz am Ende der „Nahrungskette“. Die Kreisumlage wurde nach der auch schon starken Erhöhung im letzten Jahr nun erneut spürbar angehoben. Auch der LWL hat die Umlage erhöht und der Kreis muss ebenfalls mehr zahlen. Wenn man jedoch bedenkt, dass die Ausgleichsrücklage des Kreises mehr als komfortabel ist, stellt sich die Frage, ob der Kreis nicht stärker auf diese Rücklage zurückgreifen könnte, statt die Lasten voll auf die Kommunen abzuwälzen.

Nun sind wir in der unangenehmen Lage, das Defizit für unseren kommunalen Haushalt so klein wie möglich halten zu müssen. Dabei werden wir auf unsere Ausgleichsrücklage zurückgreifen, die wir dank vorausschauender Haushaltsführung in den letzten Jahren aufgebaut haben. Allerdings müssen wir diese Rücklage so stark nutzen, dass wir im darauffolgenden Jahr voraussichtlich nicht mehr genug übrig haben, um ein Defizit auszugleichen – und dann bereits auf die allgemeine Rücklage angewiesen sein werden. Diese Tatsache sollten wir alle im Hinterkopf behalten, wenn wir über die kommunal zu erhebenden Steuern sprechen.

Uns allen wäre es lieber, wir müssten keine Steuern erhöhen. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, dass die Mittel, die den Kommunen, aber auch dem Land oder dem Bund zur Verfügung stehen, doch alles Gelder sind, die von Bürger*innen erwirtschaftet wurden und die dann für die Gesellschaft ausgegeben werden. Wir leben in einer Solidargemeinschaft. Gott sei Dank! Dieser

Gedanke wird meiner Ansicht nach viel zu häufig vergessen, wenn darüber schwadroniert wird, „dem Bürger in die Tasche zu greifen“. Woher soll am Ende das Geld kommen? Wer mehr hat gibt ab, wer weniger hat, bekommt etwas. Das ist solidarisch. Dass das nicht immer klappt... das stimmt. Aber das ganze Prinzip deswegen in Frage stellen? Nein, dazu bin ich nicht bereit.

Wir haben uns gemeinschaftlich entschieden, die Grundsteuer in diesem Jahr, aufgrund der Neuregelung, aufkommensneutral zu gestalten. Das war eine richtige Entscheidung. Folgerichtig ist daher aber auch der Vorschlag der Verwaltung, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Dass es der Wirtschaft insgesamt aktuell nicht gut geht ist uns allen bewusst. Trotzdem sollte bei aller Aufregung bedacht werden, dass wir von einer Gewinnbesteuerung sprechen. Betriebe, denen es nicht gut geht, die keinen oder nur wenig Gewinn im kommenden Jahr machen, die zahlen ja auch weiterhin keine oder nur wenig Steuern. Die Betriebe, die gut verdienen, werden die Erhöhung spüren, aber das ist dann auch ok so. Das ist nämlich solidarisch. Da einige Ratsmitglieder über Parteigrenzen hinweg bei der von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhung Bauchschmerzen hatten, haben wir noch im letzten Moment einen Kompromissvorschlag erarbeitet, in der Hoffnung, hier einen größeren Konsens erreichen zu können, was uns auf den buchstäblich allerletzten Meter auch noch gelungen ist. Die Erhöhung der Vergnügungssteuer, wie von der FDP vorgeschlagen, halten wir für sinnvoll, um den Haushalt zu entlasten. Unser Gemeindehaushalt kann die Unterstützung im kommenden Jahr wirklich gut gebrauchen.

Wie schon im vergangenen Jahr zeichnet sich der Haushaltsentwurf unserer Kämmerin durch umsichtige Planung aus. An einigen Stellen wird eventuell etwas zu vorsichtig kalkuliert, doch das ist immer noch besser, als wäre alles „auf Kante genäht“. Dann sähen die Zahlen zwar vielleicht erstmal besser aus, wenn die Bilanz sich am Ende verschlechtert, hat allerdings niemand etwas gewonnen. So haben wir zumindest die Hoffnung, dass der Jahresabschluss möglicherweise besser ausfällt als prognostiziert.

Im letzten Haushaltsjahr haben wir, trotz ebenfalls schon angespannter finanzieller Lage, einiges erreichen und realisieren können. So wurde der neue Mähplan erstmalig angewandt und evaluiert. Das Ergebnis der Evaluation war positiv – wobei sich leider einige Anwohner (z.B. am Westerweg) berufen fühlten, das häufigere Mähen zu übernehmen. Das ist natürlich nicht im Sinne des Erfinders. Es bleibt zu hoffen, dass nach und nach immer mehr Menschen die Notwendigkeit des Erhalts der Artenvielfalt erkennen.

Auf zwei Spielplätzen wurden auf unser Bestreben hin im Sommer Sonnensegel über den Sandkästen angebracht, sie erfreuten sich bereits großer Beliebtheit und sind – allen Unkenrufen zum Trotz – bislang keinem Vandalismus zum Opfer gefallen. Außerdem werden auf drei Spielplätzen neue Bäume gepflanzt werden, um den Hitzeschutz langfristig und nachhaltig sicherzustellen. Auch in Zukunft werden wir darauf achten, öffentliche Plätze noch hitzeresistenter zu gestalten. Die neuen Straßenbäume, die in der Gemeinde auf unseren Antrag hin gepflanzt werden, sind ein wichtiger Schritt – auch wenn manche Vertreter anderer Parteien immer wieder überraschend vehement gegen Bäume und für Parkplätze kämpfen. Angesichts der immer düsterer werdenden Prognosen der Klimaforscher erscheint mir diese Haltung sehr befremdlich.

Wir hoffen, dass auch der Trinkbrunnen, der uns von der SWL versprochen wurde, im kommenden Jahr in der guten Stube installiert wird – ein weiterer richtiger Schritt zur Hitzeresilienz im Rahmen der dringend nötigen Klimafolgenanpassung.

Gespannt sind wir auf die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung, die mit Beschluss vom 30.3.2023 bei den Stadtwerken Lengerich in Auftrag gegeben worden ist. Wir hoffen, dass in Verbindung mit der Biogasanlage am Telgter Damm damit die Voraussetzungen geschaffen werden, im Ortszentrum ein Nahwärmenetz zu schaffen.

Im Februar dieses Jahres fand die Veranstaltung „Ladbergen trifft sich für Frieden und Demokratie“ statt, an der sich alle im Rat vertretenen Parteien sowie zahlreiche Ladberger Vereine und Initiativen beteiligten. Mit 500-600 Teilnehmer*innen, so die Polizeiangabe, wurde ein klares Zeichen für Frieden und Demokratie gesetzt. Auch wenn diese Zahl aus der sehr rechten Ecke infrage gestellt wurde, zeigt sie doch, wie fest diese Werte in Ladbergen verankert sind.

Das Engagement der Bürger*innen für die Demokratie und die Fortschritte, die wir im Bereich Klima- und Artenschutz sowie in der Klimafolgenanpassung gemacht haben, stimmen mich zuversichtlich. Auch im kommenden Jahr werden wir weitere Schritte in Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit gehen. Die Widerstände, die in einigen anderen Fraktionen bestehen, zeigen mir jedoch, dass Erfolge auf diesem Gebiet nur mit einer starken Grünen Fraktion zu erreichen sind, so wie wir sie in dieser Legislaturperiode haben.

Das Haushaltsjahr 2025 steht im Zeichen zweier großer Bauvorhaben. Die Arbeiten am OGS-Erweiterungsbau werden im Januar starten und uns das ganze Jahr über beschäftigen. Erst Mitte 2026 ist – im besten Fall – mit einer Fertigstellung zu rechnen. Wir sind damit ein ganzes Stück weiter, als viele andere Gemeinden, die noch mit der Frage kämpfen, wie sie den Rechtsanspruch auf einen Platz in der Ganztagsbetreuung ab 2026 realisieren sollen. Wir können stolz sein darauf, dass wir in Ladbergen diesen Rechtsanspruch nicht nur irgendwie auf dem Papier erledigen, sondern ihn auch tatsächlich mit einer qualitativ hochwertigen Betreuung füllen werden. Die Investition in eine gute Kinderbetreuung ist eine direkte Investition in die Zukunft unserer Gemeinde!

Die zweite große Investition ist die Sanierung und der Neubau der Geflüchtetenunterkunft an der Breslauer Straße. In meiner unmittelbaren Nachbarschaft gelegen, halte ich diesen Standort für ideal. Alle Einkaufsmöglichkeiten, Bushaltestelle – die gesamte Infrastruktur des Dorfes ist fußläufig erreichbar und das Eingebettetsein in eine gewachsene Wohnsiedlung ist für die Integration der geflüchteten Menschen von unschätzbarem Wert. Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass in den kommenden Jahren mehr Menschen Zuflucht in Deutschland suchen werden. Wir müssen die damit verbundenen Herausforderungen benennen und Lösungen finden – jedoch darf diese Lösung niemals in der Verteufelung von Menschen oder in Vorurteilen aufgrund ihrer Herkunft oder Religion bestehen. Ein richtiger Schritt in diesem Zusammenhang ist die Einrichtung einer festen Hausmeisterstelle für die Geflüchtetenunterkünfte. Wir verlassen uns darauf, dass die Stellenanteile im Bauhof in 2025 spätestens zum Juli so verschoben werden, dass die Hausmeisterstelle zuverlässig ausgefüllt und zu 2026 dann fest eingerichtet wird.

A propos: ein weiterer großer Posten im Haushalt sind die Personalkosten. Nachdem diese bereits in den letzten Jahren gestiegen waren, sollen sie nun weiter erhöht werden. Dies ist unter anderem eine Folge der Orga-Untersuchung vor zwei Jahren, die eine Neubewertung einiger Stellen ergeben hat. Aufgrund der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt müssen und wollen wir sicherstellen, dass qualifizierte Mitarbeiter*innen angemessen bezahlt werden. Allerdings hat der Bürgermeister mit der Gewährung von Zulagen im letzten Haushaltsjahr, die so nicht an den Rat kommuniziert wurden, Fakten geschaffen und uns als Gemeinderat die Entscheidungsmöglichkeit über Höhergruppierungen

faktisch genommen. Den Gemeinderat als oberstes Gremium der kommunalen Gemeinde ernst nehmen geht anders!

Ich möchte noch einmal zusammenfassen: im kommenden Haushaltsjahr stehen einige große Investitionen und die Erhöhung der Personalkosten an. Auch die deutlich erhöhte Kreisumlage belastet unseren Haushalt, der trotz Steuererhöhungen nur schwer ausgeglichen werden kann. Umso mehr können wir froh sein, dass wir – noch – auf unsere Ausgleichsrücklage zurückgreifen können. Dem Haushalt 2025 werden wir mehrheitlich zustimmen.

Im nächsten Jahr geht meine erste Legislaturperiode als Ratsmitglied zu Ende. Bevor ich mich für diese Aufgabe entschieden habe, hatte ich wenig Ahnung von Lokalpolitik. Nun bin ich seit zwei Jahren Fraktionssprecherin. Ich kann sagen, und ich hoffe, dass die anderen Ratsmitglieder mir das bestätigen: es ist verdammt viel Arbeit für ein Ehrenamt! Aber es ist auch äußerst befriedigend und bereichernd, an den Entscheidungen teilzuhaben, die die Zukunft unserer Gemeinde betreffen. Wir alle hier sind uns der Verantwortung bewusst und machen uns Entscheidungen wahrlich nicht leicht. Und ja: das dauert manchmal ein bisschen.

Die Lokalpolitik wird oft ein wenig belächelt, aber aus meiner Erfahrung der letzten Jahre möchte ich eines ganz deutlich machen: **HIER findet Demokratie statt!** In den Ausschusssitzungen, in den Ratssitzungen, in Arbeitskreisen, in fraktionsinternen oder interfraktionellen Gesprächen. Wir setzen uns immer wieder mit unterschiedlichen Meinungen und Perspektiven auseinander, erweitern unseren Blick, schärfen unsere Wahrnehmung, treffen am Ende Entscheidungen, die für die Zukunft unserer Gemeinde von Bedeutung sind. Und immer können wir die Gewissheit haben, dass unsere Stimme etwas wert ist. Deshalb möchte ich an dieser Stelle jeden und jede ermutigen, die meinen, ihre Stimme sei nicht wichtig genug oder würde sowieso nicht gehört werden: im nächsten Jahr ist Kommunalwahl: macht euch in der Lokalpolitik bemerkbar, arbeitet mit in einer der demokratischen Parteien. Aber das mindeste, was ihr tun könnt: geht wählen! Wählt demokratisch, damit weiterhin alle Stimmen gehört werden, die gehört werden wollen und nicht nur die, die am lautesten krakeelen.

Abschließend möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei unserem Bürgermeister und den anderen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Mein Dank gilt auch den Mitarbeitenden der Gemeinde und den vielen engagierten Ladberger Vereinen und Institutionen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass unser Dorf jetzt und in Zukunft so lebendig und zukunftsfähig ist und bleibt.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen frohe Weihnachten und einen guten Start in ein aufregendes Jahr 2025!

Vielen Dank für Eure und Ihre Aufmerksamkeit!

gez. Meike Steube-Niemeyer
Fraktionssprecherin Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Gemeinde Ladbergen

- Es gilt das gesprochene Wort -